

OFFENER BRIEF

Landesverband
Nordrhein-Westfalen



An den
Finanzminister
des Landes NRW
Herrn Dr. Helmut Linssen
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf

Graf-Adolf-Straße 100
40210 Düsseldorf
Postfach 10 20 07
40011 Düsseldorf
Telefon 02 11 / 90 69 50
Fax 02 11 / 90 69 522
eMail dstg.nrw@t-online.de
Internet www.dstg-nrw.de

12. Dezember 2005

Sehr geehrter Herr Dr. Linssen,

mit tiefer Verärgerung und Entsetzen haben wir als Beschäftigte in der Landesfinanzverwaltung Ihre Ankündigung vernommen, im kommenden Jahr die Sonderzuwendung noch weiter zu kürzen und darüber hinaus erneut keine Besoldungsanpassung vorzusehen. Bereits im Jahr 2005 wurde die Besoldung nicht der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung angepasst. Nunmehr sollen die Beamten also im zweiten Jahr hintereinander dafür bestraft werden, dass sie in einem besonderen Treue- und Abhängigkeitsverhältnis zu Ihrem Arbeitgeber, dem Land NRW, stehen.

Dies hat nichts mehr mit den Ankündigungen zu tun, über alle Bereiche **gleichmäßig** zu sparen.

Offensichtlich sollen wieder einmal die Beamten mit zusätzlichen Opfern zur Kasse gebeten werden. In der Vergangenheit hatten die beiden Staatssekretäre, Herr Dr. Noack und Herr Steller, mehrfach in Gesprächen mit der DSTG-Landesleitung und bei Arbeitstagungen geäußert, dass bei den finanziellen Einbußen der Beschäftigten nunmehr das „Ende der Fahnenstange“ erreicht sei. Herr MP Dr. Rüttgers hatte in einer Pressemeldung vom 16.09.2003 schon die damalige Kürzung des Weihnachtsgeldes und den Wegfall des Urlaubsgeldes als unfair bezeichnet.

Interessanterweise stand die vorgenannt zitierte Pressemeldung, die ich Ihnen zur Erinnerung als Anlage beifüge, unter der Überschrift: „Regierung Steinbrück betreibt fortgesetzten Wortbruch“.

Es kann nicht sein, dass die neue Landesregierung so kurz nach der Wahl einen derartig massiven Vertrauensbruch begeht.

Worauf sollen sich Ihre Beamten noch verlassen können, wenn nicht auf ihren Dienstherrn?

Es ist leider so, dass der Beamtenstatus ein besonderes Treueverhältnis zum Dienstherrn beinhaltet und auf das Streikrecht verzichtet wird, weil der Beamte darauf vertrauen muss, dass sein Dienstherr ihn nicht schlechter stellt als andere Arbeitnehmer.

Ihre Beamtinnen und Beamten haben in den letzten Jahren echte Einkommensverluste von ca. 10 % durch die 2,5 Stunden Wochenarbeitszeitverlängerung, durch die Reduzierung der Sonderzuwendung, durch den Wegfall des Urlaubsgeldes und durch fehlende Besoldungsanpassungen hinnehmen müssen. Die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht und würde mit weiteren Einschnitten in unzumutbarer Weise überschritten.

Die Kolleginnen und Kollegen, die unter schwierigsten Bedingungen die Finanzverwaltung aufrecht erhalten und trotzdem (noch) motiviert ihrer Arbeit nachgehen, haben keine Staatssekretär- oder Ministergehälter. Sie müssen neben den allgemeinen Preissteigerungen hinnehmen, dass die Energiepreise mal eben um 13 % steigen und die Krankenkasse erneut die Beiträge um 10 % erhöht.

Da wirkt es schon wie blanker Hohn, wenn die Ministerriege großzügig auf ihr Weihnachtsgeld verzichtet und dies als besonderen Solidaritätsbeitrag verstanden wissen will.

In den letzten Tagen erreichten mich viele Briefe und Anrufe von fassungslosen Kolleginnen und Kollegen, die sich aufgrund ihrer geschwächten Rechtsposition als Beamte regelrecht ausgeraubt vorkommen. Diese sind zu recht stinksauer!

Herr Dr. Linssen, gehen Sie so nicht mit Ihrem Personal um!

Seien Sie fair, erkennen Sie an, dass die Gruppe der Beamten schon einen gehörigen Teil finanzielle Opfer gebracht hat und versuchen Sie nicht, uns noch weiter auszuquetschen.

Bitte, setzen Sie sich umgehend dafür ein, dass weitere finanzielle Einbußen von Ihren Beamtinnen und Beamten abgewendet werden und erinnern Sie bitte im Kabinett auch Herrn Dr. Rüttgers an seine Worte und Wahlversprechen.

Für die DSTG-NRW verspreche ich Ihnen, dass wir bei einem Festhalten an diesen Plänen als die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Beschäftigten in der Finanzverwaltung mit allen verfügbaren Mitteln gegen diesen erneuten Raubzug ankämpfen werden.

Mit freundlichen Grüßen


Hans-Werner Kalderhoff
Vorsitzender

Anlage

PRESSEMELDUNG

16.09.2003 | Jürgen Rüttgers

Regierung Steinbrück betreibt fortgesetzten Wortbruch

„Fortgesetzten Wortbruch“ hat der CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers der rot-grünen Landesregierung heute in der ersten Sitzung der CDU-Fraktion nach der Sommerpause vorgeworfen: „Statt wie versprochen, neue Lehrer einzustellen, arbeitet Ministerpräsident Steinbrück mit Rechenricks. Die Mittel für Lehrlingsausbildung wurden gekürzt. Den Beamten wird ein Sonderopfer abverlangt.“

Rüttgers kündigte an, dass die CDU-Fraktion für die im Herbst beginnenden Haushaltsberatungen eigene Vorstellungen vorlegen werde: „Als Regierung von morgen muss die CDU heute sagen, was sie anders machen wird. Nein sagen reicht nicht.“ Im Mittelpunkt der CDU-Politik werde in den nächsten Wochen das Thema Wachstum und Innovation stehen: „Unsere Wirtschaft braucht dringend positive Impulse. Sparen alleine reicht nicht aus, damit unser Land wieder Schwung bekommt. Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen, zum Beispiel durch wirksamen Abbau von Bürokratie.“ Dazu zählte Rüttgers konkret die Auflösung der Regierungspräsidien und die Schaffung von drei Regionalverbänden im Rheinland, im Ruhrgebiet und in Westfalen. Der CDU-Vorsitzende kritisierte die geplante Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeld bei Beamten: „Mehrarbeit ja, gleichzeitige Gehaltskürzung nein. Es ist unfair, wenn die Landesregierung die verfehlte Haushaltspolitik auf dem Rücken der unteren Besoldungsgruppen tätigt.“

Daneben forderte Rüttgers eine Reform der beruflichen Bildung, damit Firmen leichter neue Lehrlinge einstellen können. Wir müssen alles tun, um die drohende Lehrstellenkatastrophe noch abzuwenden.“ In dieser Woche wird der CDU-Vorsitzende seine Lehrstellentour mit Landräten und Bürgermeistermeistern durch Nordrhein-Westfalen fortsetzen.

Neben dem Thema „Wachstum und Innovation“ werde die CDU im Herbst einen Schwerpunkt auf die Themen „Kinder“ und „Sicherheit“ legen: „Wir wollen Bedingungen schaffen, damit sich Familien wieder für Kinder entscheiden.“ Dazu sei eine große Bildungsreform und ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Ganztagschulsystem erforderlich. Beim Thema Sicherheit forderte Rüttgers den Erhalt der von Rot-Grün in Frage gestellten Kreispolizeibehörden: „Wir wollen, dass die Landräte auch Polizeichefs bleiben. Unser Land braucht eine bürgernahe Polizei und keinen bürokratischen Wasserkopf.“